



Per-E-Mail an:

marianne.steinert@bundestag.de

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Gesundheit

Frau Dr. Martina Bunge

Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt

Ottmar-Pohl-Platz 1, 51103 Köln
Auskunft Frau Bredehorst, Zimmer 05E5E09/10
Telefon 0221 221-29000, Telefax 0221 221-29047
E-Mail sozialdezernat@stadt-koeln.de
Internet www.stadt-koeln.de

Sprechzeiten
Nur nach besonderer Vereinbarung

KVB Linien: 1, 9, 159
Haltestelle Kalk Post
S-Bahnhaltestelle: Trimbornstr.

Ihr Schreiben

PA 14 - 5410

Mein Zeichen

V

Datum

12.09.2007

**Heroingestützte Behandlung
Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages
am 19. September 2007**

Sehr geehrte Frau Dr. Bunge,
sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersende ich Ihnen die **gemeinsame** Stellungnahme der am Modellprogramm „Heroingestützte Behandlung bei Schwerstdrogenabhängigen“ teilnehmenden Städte Bonn, Frankfurt, Hannover, Karlsruhe, Köln und München.

Zur Vermeidung von Wiederholungen nehmen die am Modellprogramm „Heroingestützte Behandlung bei Schwerstdrogenabhängigen“ teilnehmenden Städte Bonn, Frankfurt, Hannover, Karlsruhe, Köln und München ausdrücklich vollinhaltlich Bezug auf die Bundesratsinitiative der Länder Hamburg und Hessen.

Hervorzuheben ist, dass gerade für die Gruppe langjährig Opiatabhängiger, die unter erheblichen gesundheitlichen Belastungen, sozialer Verelendung, Mortalitätsrisiko und Kriminalitätsbelastung leiden, die heroingestützte Behandlung zumeist den einzigen Weg darstellt, den Teufelskreis aus Sucht und Beschaffung zu durchbrechen.

In den am Modellprogramm „Heroingestützte Behandlung bei Schwerstdrogenabhängigen“ teilnehmenden Städten hat sich diese Behandlung für die spezielle Patientengruppe als wirksam, sicher und in das Hilfesystem integrierbar herausgestellt. Sie bietet hinsichtlich der medizinischen und psychosozialen Behandlungserfolge erstmals die Möglichkeit, diese schwerkranken Patienten mittel- und langfristig erfolgreich zu behandeln und stellt zudem für viele der Patienten und Patientinnen eine lebensrettende Maßnahme dar.



Seite 2

Eine Begleitstudie hat nachgewiesen, dass bei der Behandlung mit Diamorphin statt mit Methadon die Süchtigen seltener kriminell wurden, sich besser aus der Drogenszene lösten, gesünder waren und öfter Arbeit fanden.

Die Stadt Köln hält es, wie die anderen Modellstädte auch, für unbedingt erforderlich, die heroingestützte Behandlungsform für eine indizierte Gruppe von schwerstdrogenabhängigen Menschen zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Marlis Bredehorst
Beigeordnete

Heroingestützte Behandlung

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages am

19. September 2007

Gemeinsame Stellungnahme der am Modellprogramm „Heroingestützte Behandlung bei Schwerstdrogenabhängigen“ teilnehmenden Städte

Bonn, Frankfurt, Hannover, Karlsruhe, Köln und München

an den Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages zu seiner öffentlichen Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes und anderer Vorschriften (BT-Drs. 16/4696)

sowie zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gesetzliche Voraussetzungen für heroingestützte Behandlung Schwerstabhängiger schaffen (BT-Drs. 16/2075),

zum Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Heroinmodell in die Regelversorgung überführen und Therapiefreiheit der Ärztinnen und Ärzte schützen (BT-Drs. 16/2503)

und zum Antrag der Fraktion der FDP: Kontrollierte Heroinabgabe in die Regelversorgung aufnehmen (BT-Drs. 16/3840)

1. Ergebnis der Studie

Die Ergebnisse des bundesweiten Modellprojektes zur heroingestützten Behandlung von Schwerstopiatabhängigen haben gezeigt, dass diese Behandlung für eine nach klaren Kriterien festgelegte Patientengruppe der Substitution mit Methadon signifikant überlegen ist.

Das Modellprojekt wurde als Arzneimittel- und Therapiestudie durchgeführt. Die Ergebnisse werden auch in der internationalen wissenschaftlichen Fachwelt anerkannt.

Die Haltequote von sonst nicht erreichbaren Patientinnen und Patienten lag in manchen Städten bei fast 100%; die gesundheitliche und soziale Situation der Patienten wurde erheblich verbessert, die Kriminalitätsrate sank deutlich und viele Patienten konnten erfolgreich in weiterführende Maßnahmen vermittelt werden.

2. Bedeutung der heroingestützten Behandlung für die Patienten

Die kontrollierte Vergabe von Diacetylmorphin ist für eine zahlenmäßig kleine Gruppe von Schwerstabhängigen, bei denen alle anderen Therapien gescheitert sind, die letzte Chance ihr Überleben zu sichern, sie gesellschaftlich zu reintegrieren und einige sogar zu einem Leben ohne Drogen zu motivieren. Zur Erreichung dieser Ziele bedarf es bei dieser spezifischen Gruppe der Opiatabhängigen der kontrollierten Vergabe von Diacetylmorphin. Erst die medizinisch kontrollierte heroingestützte Behandlung führt bei dieser kleinen Gruppe der Schwerstabhängigen zur Bereitschaft, ihr Leben zu ändern und sich erneut auf einen therapeutischen Prozess einzulassen.

3. Bedeutung für die Städte

Die Zielgruppe der Heroinstudie waren die sogenannten Schwerstabhängigen, bei denen alle anderen Behandlungs- und Therapieformen gescheitert sind.

Die Gruppe der sogenannten Schwerstabhängigen konzentrieren sich fast ausschließlich in den großen Städten in Deutschland. Viele dieser Schwerstabhängigen stammen ursprünglich aus kleinen Städten und Gemeinden und sind erst nach vielen Jahren der Abhängigkeit in die großen Städte gewandert; d.h. die großen Städte in unserem Land müssen ein ganz Deutschland betreffendes Problem bewältigen.

Trotz aller drogenpolitischen Anstrengungen werden die großen Städte auch in Zukunft darauf angewiesen sein, mit diesem Problem vernünftig umzugehen. Die kontrollierte Heroinvergabe ist für die großen Städte immer ein Mittel der letzten Wahl, um für alle Beteiligten – und das heißt sowohl für die abhängigen als auch für die nicht-abhängigen Bürgerinnen und Bürger – eine Verbesserung der Gesamtlage zu erreichen. Mit den Modellprojekten konnten beachtliche Erfolge erzielt werden. Der Gesundheitszustand und die soziale Situation verbesserten sich bei den meisten und die Beschaffungskriminalität verringerte sich. Die heroingestützte Behandlung ist das einzig erfolversprechende Mittel sog. Schwerstabhängige zu erreichen.

4. Unterstützung der Bundesratsinitiative

All diese positiven Ergebnisse wurden sowohl auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen kommuniziert. Zu einer daraus abzuleitenden Novellierung des Betäubungsmittelgesetzes mit der anschließenden Möglichkeit der Übernahme von heroingestützter Behandlung in die Regelversorgung kam es aber nicht.

Der von der Bund/Länder Arbeitsgruppe ausgearbeitete Vorschlag für einen Gesetzesentwurf, der aus Sicht der Städte eine gute Grundlage für eine Novellierung darstellt, wurde zur Grundlage einer Bundesratsinitiative der Länder Hamburg und Hessen. Die Beratung im Gesundheitsausschuss am 05.09.2007 ergab ein positives Votum von 13 Ja-Stimmen, 2 Enth-



Seite 5

tungen und einer Nein-Stimme, im Innenausschuss am 06.09.2007 ein positives Ergebnis mit 14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 1 Nein-Stimme.

Ebenfalls stellten die Fachministerien der Bundesregierung grundsätzlich klar, dass die heroingestützte Behandlung auch unabhängig vom Modellprogramm rechtlich möglich und im öffentlichen Interesse ist. Das rechtliche Instrument hierfür ist dann die Ausnahmegenehmigung durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte.

Die derzeitige Situation ist für die Modellstädte zutiefst unbefriedigend.

Auch diese Gruppe der Schwerstabhängigen hat das von den höchsten Bundesgerichten (s. entsprechende Spruchpraxis des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundesverwaltungsgerichtes) bekräftigte Recht auf eine bestmögliche Behandlung. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der entsprechenden juristischen Klarstellung durch den Gesetzgeber.

Deshalb appellieren die am Modellprojekt beteiligten Städte an den Deutschen Bundestag der von Hamburg und Hessen vorgelegten Bundesratsinitiative zuzustimmen.

Stadt Bonn	Bärbel Dieckmann Oberbürgermeisterin	gez. Dieckmann
Stadt Frankfurt	Manuela Rottmann Stadträtin für Umwelt und Gesundheit	gez. Rottmann
Stadt Hannover	Thomas Walter Jugend- und Sozialdezernent	gez. Walter
Stadt Karlsruhe	Harald Denecken Bürgermeister	gz. Denecken
Stadt Köln	Marlis Bredehorst Beigeordnete für Soziales, Integration u. Umwelt	gez. Bredehorst
Stadt München	Joachim Lorenz Berufsmäßiger Stadtrat für Gesundheit und Umwelt	gez. Lorenz